

Rechenschaftsbericht  
über die Rechtspflege  
des Kantons Uri  
in den Jahren  
2006 und 2007

April 2008



**Das Obergericht des Kantons Uri  
an den Landrat des Kantons Uri**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

In Nachachtung von Art. 102 Abs. 2 KV wird Ihnen Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege im Kanton Uri in den Jahren 2006 und 2007 erstattet.

Das Obergericht empfiehlt den Rechenschaftsbericht Ihrem Interesse und ersucht Sie um dessen Genehmigung.

Altdorf, 14. März 2008

OBERGERICHT DES KANTONS URI

Der Präsident: R. Dittli  
Der Gerichtsschreiber: G. Cantoni  
Die Gerichtsschreiberin: J. Maeder



# Inhaltsverzeichnis

Seite

## 1. Teil: Rechenschaftsbericht

### A Allgemeines

I Gestaltung Bericht

II Personelles

III Geschäftslast

IV Weiterbildung

V Verschiedenes

1

### B Tätigkeit der richterlichen Behörden

I Vermittler

II Landgerichtspräsidenten

III Landgerichte

IV Obergericht

V Staatsanwaltschaft

VI Verhörrichter

VII Jugendanwaltschaft

VIII Jugendgericht

### C Tätigkeit übriger Behörden

I Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden  
und die Rechtsanwälte

II Anwaltsprüfungskommission

III Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs

IV Betreibungsämter

V Konkursamt

VI Schätzungskommission im Expropriationsverfahren

## 2. Teil: Auszüge aus Entscheiden

A Zivil- und Zivilprozessrecht

B Straf- und Strafprozessrecht

C Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtspflege

D Aufsicht über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte

E Schuldbetreibungs- und Konkursrecht

## 3. Teil: Abkürzungsverzeichnis



# 1. Teil: Rechenschaftsbericht

# 1. Teil: Rechenschaftsbericht

## A Allgemeines

### I Gestaltung Bericht

Der vorliegende Bericht lehnt sich in seiner Gestaltung an die letzten Berichte an. Die möglichst gleich bleibend aufgebauten statistischen Angaben sollen aussagekräftige Vergleiche über die Tätigkeit der richterlichen Behörden über eine längere Zeitperiode ermöglichen. Unumgänglich sind Anpassungen etwa an Gesetzesänderungen, die zu veränderten Zuständigkeiten führen oder neue Erledigungsarten oder z.B. im strafrechtlichen Bereich neue Strafen und Massnahmen vorsehen. Wo bestehend, werden grundsätzlich die gesetzlichen Begriffe verwendet. Der Entscheidteil enthält vor allem Entscheide, die der Rechtsfortbildung dienen sollen. Dem Bericht liegt wiederum ein separates Gesetzes- und Sachregister bei. Das Register umfasst aus Gründen eines zweckmässigen Arbeitsinstrumentes auch die Rechenschaftsberichte der sechs letzten Vorperioden. Die Rechenschaftsberichte über die Rechtspflege des Kantons Uri sind ab dem Jahr 1970 auf Swisslex-Westlaw, ab den Jahren 1994/95 auch über die Homepage des Kantons Uri ([www.ur.ch](http://www.ur.ch)) abrufbar.

### II Personelles

Fürsprecher David Steimer ist auf Ende März 2007 als Verhörer II Uri zurückgetreten. Er nahm diese Aufgabe seit Juni 2004 wahr. Der Regierungsrat des Kantons Uri wählte lic. iur. Beatrice Kolvodouris Janett als neue Verhörerin II. Lic. iur. Beatrice Kolvodouris Janett nahm ihre Tätigkeit als Verhörerin Mitte Mai 2007 auf. Bereits im August 2006 wandelte der Regierungsrat das öffentlichrechtliche Auftragsverhältnis des Verhörers II in eine 60%-Teilzeitstelle um. Auf Mitte Mai 2007 demissionierte lic. iur. Harald Jenni als Obergerichtsschreiber. Als Nachfolgerin wählte der Regierungsrat lic. iur. Janine Maeder. Der Stellenantritt erfolgte am 16. Mai 2007. Die vielen beim Obergericht anhängig gemachten sozialversicherungsrechtlichen Verfahren - insbesondere invalidenversicherungsrechtliche Verfahren - machten eine befristete Erhöhung der Obergerichtsschreiberkapazität notwendig. Für den Zeitraum vom 1. April 2007 bis 30. Juni 2008 wählte der Regierungsrat lic. iur. Damian Meier als zusätzlichen Obergerichtsschreiber. Lic. iur. Damian Meier war von April bis Dezember 2007 in einem 50%-Pensum tätig. Von Januar bis Juni 2008 wird er in einem vollen Pensum als Obergerichtsschreiber tätig sein. Auf Ende 2006 demissionierte lic. iur. Georg Simmen als Landgerichtsschreiber Uri (50%-Teilzeitstelle). Das befristete Teilzeitarbeitsverhältnis (50%) von lic. iur. Stefan Birrer als Landgerichtsschreiber Uri endete ebenfalls Ende 2006. Die unbefristete Gerichtsschreiberstelle (50%) wurde ab Januar 2007 durch lic. iur. Karin Müller besetzt. Die befristete 50%-Teilzeitstelle als Landgerichtsschreiber Uri wurde bis Ende 2007 verlängert und ab Beginn 2007 mit lic. iur. Franz Aschwanden besetzt. Das unbefristete 50%-Teilzeitarbeitsverhältnis von lic. iur. Karin Müller als Landgerichtsschreiberin Uri wurde ab dem 1. Januar 2008 auf 100% erhöht. Auf Ende Mai 2007 demissionierte lic. iur. Georg Simmen auch als Landgerichtsschreiber Ursern. Der Regierungsrat wählte lic. iur. Jessica Reuille, Landgerichtsschreiberin Uri, auf den 1. Juni 2007 auch als Gerichtsschreiberin beim Landgericht Ursern.

### III Geschäftslast

Die Anzahl der Fälle vermag bestenfalls Anhaltspunkte für die Arbeitsbelastung zu geben. Die einzelnen Geschäfte verursachen einen sehr unterschiedlichen Aufwand. Von grösserer Bedeutung als die Anzahl Geschäfte sind deren Umfang und Komplexität. Fortgesetzt hat sich die Tendenz, dass die Prozesse immer komplexer werden. Dies hängt mit der Vielschichtigkeit unserer Lebensverhältnisse und der weiterhin zugenommenen

Verrechtlichung unserer Gesellschaft zusammen. Die zahlreichen Gesetzesrevisionen bringen den richterlichen Behörden bedeutenden Mehraufwand. Erwähnt seien der revidierte allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB), das neue Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (JStG) und das neue Bundesgesetz über das Bundesgericht (BGG). Alle drei Erlasse traten auf den 1. Januar 2007 in Kraft. Der revidierte AT StGB bringt den Strafrechtspflegebehörden mit seinem stark geänderten Sanktionensystem eine Vielzahl zu beantwortender Fragen. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Ablösung kurzer Freiheitsstrafen durch die nach neuen Grundsätzen zuzumessende Geldstrafe. Eine Neuerung für die Jugendanwaltschaft bildet die Einführung der Mediation als besonderes Verfahren zur Konfliktlösung zwischen Opfer und Täter in Fällen, die sich für einen solchen Ausgleichsversuch eignen. Die Anbringung einer nach BGG zutreffenden Rechtsmittelbelehrung führte beim Obergericht immer wieder zu klärungsbedürftigen Fragestellungen.

Beim Obergericht hatte die zivilrechtliche Abteilung weniger, die strafrechtliche bedeutend mehr Neueingänge zu verzeichnen. Hatten in der Berichtsperiode 2004/05 gegenüber 2002/03 die Neueingänge bei der verwaltungsrechtlichen Abteilung fast um die Hälfte zugenommen (von 66 auf 94), so waren in der vorliegenden Berichtsperiode wiederum mehr Neueingänge zu verzeichnen. Auffallend ist die hohe Zahl an aufwendigen invalidenversicherungsrechtlichen Fällen. Bei der Landgerichtspräsidentin Uri ist eine zahlenmässig bedeutende Abnahme der Geschäftslast zu verzeichnen. Insbesondere erfolgten weniger Konkurs- und Rechtshilfebegehren. Hier handelt es sich aber um Geschäfte, die mit vergleichsweise geringem Aufwand in einem einfachen und raschen oder summarischen Verfahren erledigt werden können. Die zivilrechtliche Abteilung des Landgerichtes Uri verzeichnete mehr Neueingänge.

#### **IV Weiterbildung**

Im Rahmen des zeitlich Möglichen und eines vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses blieb auch in der vorliegenden Berichtsperiode die Weiterbildung wichtiges Anliegen. Entsprechende Veranstaltungen waren der Reorganisation der Bundesrechtspflege (Neuerungen und Auswirkungen für die Praxis), der vorgesehenen neuen Schweizerischen Zivilprozessordnung, dem Vergaberecht, dem Familienrecht (Kinder in Konfliktfamilien bei Trennung und Scheidung - Risiken und Handlungsleitlinien, Häusliche Gewalt, Scheidungsrecht/neuste Revision ZGB; aktuelle Fälle aus dem Familienrecht; Abänderung Unterhaltsrecht; Vormundschaftsbehörde/Gericht; Gewaltschutzgesetz; Strafen/Massnahmen), dem Mietrecht, dem Arbeitsrecht, dem Schuldbetreibungs- und Konkursrecht (aktuelle Probleme), dem revidierten AT StGB, dem Baurecht, dem Strassenverkehrsrecht, dem Sozialversicherungsrecht (z.B. Medizin in der Sozialversicherung) und den Themen "Wenn das Recht zur Sprache kommt" und "Die Logik des Urteils" gewidmet. Bei den besuchten Veranstaltungen handelte es sich teilweise um gesamtschweizerische Tagungen (Vergabetagung 06, Baurechtstagung 2007, Strassenverkehrsrechtstagung 2006, Sozialversicherungsrechtstagungen 2006 und 2007). Je nach Thema nahmen jeweils verschiedene Mitglieder verschiedener richterlichen Behörden und Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber an den Veranstaltungen teil. Diese fanden ausserhalb des Kantons mit auswärtigen Referentinnen und Referenten statt. Einzelne Veranstaltungen wurden durch die Zentralschweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter (ZVR) und die Konferenz der nicht vollamtlichen Bezirksrichterinnen und -richter im Kanton Zürich und das Obergericht des Kantons Zürich organisiert und durchgeführt. Der Kurs zum revidierten AT StGB wurde gemeinsam mit dem Kanton Schwyz durchgeführt.

#### **V Verschiedenes**

Verschiedene richterliche Behörden liessen sich zu verschiedenen Gesetzesvorlagen vernehmen. Erwähnt seien auf Bundesebene das Bundesgesetz über das Bundespatentgericht und das Patentanwaltsgesetz, die Vernehmlassung zur

parlamentarischen Initiative "Obligatorische Bedenkfrist und Art. 111 ZGB" und auf kantonaler Ebene das neue Polizeigesetz, das Gesetz und die Verordnung über die Einführung der neuen Bundesrechtspflege im Kanton Uri und die Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (EG StGB).

## B Tätigkeit der richterlichen Behörden

Die Reihenfolge der Behörden ergibt sich grundsätzlich aus dem GOG. Die Vergleichszahlen der letzten Berichtsperiode werden jeweils in Klammern angeführt. Enthielt die Statistik der letzten Berichtsperiode keine entsprechenden Zahlen, fehlen Klammern überhaupt. Bei den noch hängigen Geschäften handelt es sich um Verfahren, die sistiert worden sind, bei denen ein Beweisverfahren hängig ist oder die erst gegen Ende der Berichtsperiode eingegangen sind und daher in dieser nicht mehr zur abschliessenden Behandlung gelangen konnten. Als erledigt gilt ein Verfahren, wenn die motivierte Ausfertigung des Entscheides versandt ist oder feststeht, dass, wo zulässig, keine Motivierung erfolgen muss.

### I Vermittler

#### Vermittlerstatistik

	Anzahl der durchgeführten Vermittlerverhandlungen		Ergebnis der Verhandlungen				Abschreibung Vermittlungsgesuche	
			vermittelt		unvermittelt			
Altdorf	18	(11)	9	(4)	5	(7)	4	(8)
Andermatt	4	(5)	-	(1)	4	(4)	-	(1)
Attinghausen	1	(2)	1	(1)	-	(1)	2	(4)
Bauen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Bürglen	-	(5)	1	(3)	1	(2)	1	(1)
Erstfeld	6	(15)	-	(5)	6	(10)	1	(2)
Flüelen	3	(3)	-	(-)	3	(3)	-	(-)
Göschenen	3	(2)	1	(2)	2	(-)	1	(2)
Gurtellen	-	(1)	-	(-)	-	(1)	2	(-)
Hospental	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Isenthal	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Realp	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Schattdorf	5	(2)	-	(1)	2	(1)	1	(5)
Seedorf	-	(2)	-	(1)	-	(1)	-	(3)
Seelisberg	-	(1)	-	(1)	-	(-)	2	(1)
Silenen	1	(2)	-	(1)	1	(1)	-	(2)
Sisikon	2	(1)	-	(1)	-	(-)	-	(-)
Spiringen	1	(-)	1	(-)	-	(-)	1	(-)
Unterschächen	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)
Wassen	-	(4)	-	(-)	-	(4)	-	(3)
<b>Total</b>	<b>45</b>	<b>(56)</b>	<b>13</b>	<b>(21)</b>	<b>25</b>	<b>(35)</b>	<b>15</b>	<b>(32)</b>

Es mussten keine (-) Ordnungsbussen von Vermittlern ausgesprochen werden.

## II Landgerichtspräsidenten

### A Landgerichtspräsidentin Uri

#### 1. Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
885	(1061)	85	(139)	869	(1115)	254	(456)	101	(85)

#### 2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse		Abweisung		ganze/ teilweise Guttheissung	
Personenrecht	4	(1)	3	(-)	-	(2)
Familienrecht	47	(65)	6	(6)	106	(144)
Erbrecht	1	(-)	-	(-)	-	(-)
Sachenrecht	9	(25)	1	(4)	26	(42)
Nebenerlasse zum ZGB	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Allgemeine Bestimmungen OR	2	(1)	3	(-)	1	(1)
Arbeitsvertragsrecht	10	(13)	2	(3)	5	(3)
Miet- und Pachtrecht	12	(6)	3	(1)	13	(7)
Übriges Vertragsrecht	26	(17)	1	(3)	17	(10)
Handelsrecht	-	(-)	-	(-)	1	(4)
Wertpapierrecht	1	(-)	-	(-)	7	(5)
Nebenerlasse zum OR	-	(-)	-	(-)	-	(1)
Rechtshilfe	49	(78)	-	(-)	-	(-)
Unentgeltliche Rechtspflege	12	(22)	41	(18)	45	(75)
Sicherheitsleistungen	-	(1)	-	(2)	1	(1)
Vorsorgliche Beweisabnahme	1	(1)	-	(-)	4	(3)
Allgemeine Verbote	2	(1)	1	(-)	11	(22)
Vollstreckungen	1	(2)	-	(-)	2	(1)
Rechtsöffnungsverfahren	41	(65)	25	(21)	115	(126)
Konkursverfahren	50	(105)	2	(3)	65	(106)
Nachlassverfahren/Notstundung	1	(-)	1	(-)	-	(-)
Arrest	1	(4)	2	(-)	7	(5)
Klagen im Zusammenhang SchKG	-	(8)	-	(-)	-	(7)
Haftentlassung/-verlängerung	1	(-)	1	(1)	7	(8)
Überwachung gemäss StPO 133	-	(-)	-	(-)	5	(3)
Rekurse gegen Verfügungen des Verhörrichters und des Staatsanwaltes	20	(5)	11	(20)	2	(4)
Haftfälle nach ANAG	1	(-)	-	(1)	20	(30)
Übrige Verfahren	5	(2)	-	(-)	9	(-)
<b>Total</b>	<b>297</b>	<b>(422)</b>	<b>103</b>	<b>(83)</b>	<b>469</b>	<b>(610)</b>

## B Landgerichtsvizepräsident Uri

### 1. Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
25	(19)	4*	(1)	28	(18)	-	(-)	1	(2)*

### 2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Abschreibung		Abweisung Nichteintreten		Gutheissung	
Notwendige/amtliche Verteidigungen	2	(1)	1	(1)	21	(8)
Weitere nach Strafprozessordnung	-	(-)	1	(2)	3	(6)
<b>Total</b>	<b>2</b>	<b>(1)</b>	<b>2</b>	<b>(3)</b>	<b>24</b>	<b>(14)</b>

\* Differenz zur Anzahl Pendenzen Ende letzte Berichtsperiode systembedingt wegen Änderung der Zuständigkeit für den Entscheid über Rekurse gegen Verfügungen des Verhörrichters und des Staatsanwaltes während der letzten Rechenschaftsperiode. Seit 1. Juli 2004 ist die Landgerichtspräsidentin Uri für den Gerichtsbezirk Uri zuständig.

## C Landgerichtspräsidentin Ursern

### 1. Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
62	(53)	10	(5)	58	(48)	36	(41)	14	(10)

### 2. Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Erledigungsbeschlüsse		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Eherecht	1	(-)	1	(2)	4	(3)
Sachenrecht	-	(-)	-	(1)	3	(-)
Mietrecht	-	(-)	2	(-)	-	(1)
Arbeitsvertragsrecht	1	(-)	1	(-)	-	(1)
Schuldbetreibung und Konkurs	13	(22)	-	(-)	11	(11)
Andere	6	(5)	-	(-)	14	(2)
<b>Total</b>	<b>21</b>	<b>(27)</b>	<b>5</b>	<b>(3)</b>	<b>32</b>	<b>(18)</b>

## D Landgerichtsvizepräsident Ursern

### 1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
- (1)	1 (-)	1 (-)	- (-)	- (1)

### 2. Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
Haftentlassung/-verlängerung	- (-)	- (-)	- (-)
Überwachung gemäss StPO 133	- (-)	- (-)	- (-)
Rekurse gegen Verfügungen des Verhörrichters und des Staatsanwaltes	- (-)	1 (-)	- (-)
Haftfälle nach ANAG	- (-)	- (-)	- (-)
Total	- (-)	1 (-)	- (-)

### III Landgerichte

#### A Landgericht Uri

##### 1. Zivilrechtliche Abteilung

###### 1.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
65	(48)	14	(62)	59	(96)	19	(18)	20	(14)

###### 1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse		Abweisung		ganze/ teilweise Gutheissung	
Familienrecht	8	(10)	-	(2)	19	(21)
Erbrecht	1	(2)	-	(-)	-	(-)
Sachenrecht	3	(5)	-	(-)	-	(1)
Miet- und Pachtrecht	1	(1)	-	(-)	-	(-)
Arbeitsvertragsrecht	7	(5)	-	(-)	2	(5)
Übriges Vertragsrecht	12	(16)	-	(5)	1	(7)
Handelsrecht	-	(1)	1	(1)	-	(-)
Nebenerlasse zum OR	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Übriges Privatrecht / AT OR	-	(-)	1	(-)	-	(-)
Schuldbetreibung und Konkurs	1	(6)	-	(-)	1	(2)
Ehrverletzung (Art. 173-178 StGB)*	1	(3)	-	(1)	-	(-)
Personenrecht	-	(1)	-	(-)	-	(1)
<b>Total</b>	<b>34</b>	<b>(50)</b>	<b>2</b>	<b>(9)</b>	<b>23</b>	<b>(37)</b>

\* Sachliche Zuständigkeit der strafrechtlichen Abteilung seit 1. Juli 2004.

##### 2. Strafrechtliche Abteilung

###### 2.1 Geschäftslast

	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Anklagen	110	(103)	24	(30)	96	(109)	17	(36)	38	(24)
Gesuche										
• Umwandlung Busse in Haft (BUW)	3	(7)	-	(3)	3	(10)	-	(-)	-	(-)
• andere nachträgliche richterliche An- ordnungen (StPO)	9	(13)	-	(1)	9	(14)	1	(-)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>122</b>	<b>(123)</b>	<b>24</b>	<b>(34)</b>	<b>108</b>	<b>(133)</b>	<b>18</b>	<b>(36)</b>	<b>38</b>	<b>(24)</b>

## 2.2 Art der Erledigung

### Anklagen

Abschreibung Einstellung		Verurteilung		teilweiser Freispruch		Vollständiger Freispruch	
33	(54)	52	(43)	5	(3)	6	(9)

### Gesuche

Abschreibung		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
2	(4)	2	(1)	8	(19)

## 2.3 Rechtsgebiete \*

StGB	31	(17)
SVG	53	(82)
SDR	-	(1)
BetmG	7	(1)
ANAG	-	(-)
JSG	-	(-)
Andere	5	(8)
<b>Total</b>	<b>96</b>	<b>(109)</b>

\* Hauptstrafatbestände der erledigten Anklagen

## B Landgericht Ursern

### 1. Zivilgericht

#### 1.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
12	(8)	6	(1)	10	(3)	4	(3)	8	(6)

#### 1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Erledigungsbeschl üsse		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Eherecht	-	(1)	-	(1)	1	(-)
Forderungen	1	(-)	2	(-)	-	(1)
Schuldbetreibung und Konkurs	-	(-)	1	(-)	-	(-)
Andere	3	(1)	2	(-)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>4</b>	<b>(2)</b>	<b>5</b>	<b>(1)</b>	<b>1</b>	<b>(1)</b>

## 2. Strafgericht

### 2.1 Geschäftslast

	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Anklagen	4	(11)	1	(7)	3	(17)	2	(12)	2	(1)
Gesuche										
• Umwandlung Busse in Haft	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
• andere nachträgliche richterliche Anordnungen (StPO)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>4</b>	<b>(11)</b>	<b>1</b>	<b>(7)</b>	<b>3</b>	<b>(17)</b>	<b>2</b>	<b>(12)</b>	<b>2</b>	<b>(1)</b>

### 2.2 Art der Erledigung

#### Anklagen

Abschreibung Einstellung	Verurteilung	teilweiser Freispruch	Vollständiger Freispruch
2 (7)	1 (8)	- (1)	- (1)

#### Gesuche

Abschreibung	Abweisung	ganze/teilweise Gutheissung
- (-)	- (-)	- (-)

### 2.3 Rechtsgebiete \*

StGB	- (-)
SVG	2 (17)
BetmG	- (-)
ANAG	- (-)
JSG	- (-)
Andere	1 (-)
<b>Total</b>	<b>3 (17)</b>

\* Hauptstraftatbestände der erledigten Anklagen

## IV Obergericht

### 1. Gesamtgericht

Rechtsfälle waren keine zu entscheiden.

### 2. Zivilrechtliche Abteilung

#### 2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv	pendent	
Berufungen	11	(15)	10	(5)	11	(10)	-	10	(10)
Rekurse	54	(69)	16	(6)	50	(59)	8	20	(16)
Klagen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	-	(-)
Gesuche	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	-	(-)
Revision	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	-	(-)
<b>Total</b>	<b>65</b>	<b>(84)</b>	<b>26</b>	<b>(11)</b>	<b>61</b>	<b>(69)</b>	<b>8</b>	<b>30</b>	<b>(26)</b>

#### 2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Ehe- und Kindesrecht	4	(-)	3	(-)	3	(-)	8	(3)
Sachenrecht	-	(-)	-	(-)	1	(1)	-	(-)
Kaufrecht	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Mietrecht	1	(-)	-	(-)	1	(1)	-	(1)
Arbeitsvertragsrecht	-	(-)	-	(-)	1	(1)	-	(1)
Zivilprozessrecht	-	(1)	3	(2)	2	(10)	7	(12)
Schuldbetreibung und Konkurs	-	(3)	2	(5)	2	(7)	6	(4)
unentgeltliche Rechts- pflege	-	(1)	-	(-)	2	(3)	7	(2)
Andere	-	(2)	1	(4)	4	(3)	3	(2)
<b>Total</b>	<b>5</b>	<b>(7)</b>	<b>9</b>	<b>(11)</b>	<b>16</b>	<b>(26)</b>	<b>31</b>	<b>(25)</b>

#### 2.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 3 (5) Berufungen eingereicht, 1 Verfahren war noch aus der Vorperiode hängig. Das Bundesgericht hat alle 4 (4) Berufungen abgewiesen. Es wurden 9 (7) staatsrechtliche Beschwerden erhoben. 1 (1) staatsrechtliche Beschwerde war noch aus der Vorperiode hängig. Auf 5 (1) wurde nicht eingetreten, 2 (5) wurden abgewiesen. 1 (-) staatsrechtliche Beschwerde hiess das Bundesgericht teilweise gut, 2 (-) Beschwerden hiess es gut.

### 3. Strafrechtliche Abteilung

#### 3.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Berufungen	28	(17)	3	(11)	16	(25)	-	(5)	15	(3)
Gesuche	4	(4)	-	(-)	4	(4)	-	(2)	-	(-)
Revisionen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>32</b>	<b>(21)</b>	<b>3</b>	<b>(11)</b>	<b>20</b>	<b>(29)</b>	<b>-</b>	<b>(7)</b>	<b>15</b>	<b>(3)</b>

#### 3.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Rückzug Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
StGB	-	(-)	-	(-)	1	(1)	3	(5)
SVG	1	(4)	1	(2)	8	(6)	1	(9)
BetmG	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Andere	1	(-)	3	(-)	-	(-)	1	(2)
<b>Total</b>	<b>2</b>	<b>(4)</b>	<b>4</b>	<b>(2)</b>	<b>9</b>	<b>(7)</b>	<b>5</b>	<b>(16)</b>

#### 3.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 4 (4) Nichtigkeitsbeschwerden sowie 3 Beschwerden in Strafsachen erhoben. Auf 1 (-) Nichtigkeitsbeschwerde trat das Bundesgericht nicht ein, 2 (3) wies es ab, 1 (1) Nichtigkeitsbeschwerde hiess es gut. Auf 1 Beschwerde in Strafsachen trat das Bundesgericht nicht ein, 1 Beschwerde wies es ab. 1 Verfahren ist noch hängig. Von den eingereichten 3 (2) staatsrechtlichen Beschwerden wurde 1 (-) als gegenstandslos abgeschrieben, auf 1 (1) trat das Bundesgericht nicht ein, 1 (1) wies es ab.

### 4. Verwaltungsrechtliche Abteilung

#### 4.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Beschwerden	96	(88)	32	(28)	94	(84)	34	(32)
Klagen	2	(4)	1	(2)	2	(5)	1	(1)
Gesuche	2	(1)	-	(-)	2	(1)	-	(-)
Revision	1	(1)	-	(-)	1	(1)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>101</b>	<b>(94)</b>	<b>33</b>	<b>(30)</b>	<b>99</b>	<b>(91)</b>	<b>35</b>	<b>(33)</b>

## 4.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

### a Sozialversicherungsrecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
AHVG	-	(1)	-	(1)	1	(-)	-	(1)	-	(-)
IVG	6	(-)	-	(-)	18	(7)	14	(4)	16	(11)
KVG	-	(2)	-	(-)	-	(-)	3	(-)	1	(3)
UVG	-	(-)	-	(-)	4	(4)	3	(2)	6	(6)
AVIG	-	(-)	-	(-)	-	(1)	-	(-)	-	(-)
BVG	-	(-)	1	(-)	-	(1)	-	(-)	-	(-)
Andere	-	(1)	-	(1)	-	(1)	-	(1)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>6</b>	<b>(4)</b>	<b>1</b>	<b>(2)</b>	<b>23</b>	<b>(14)</b>	<b>20</b>	<b>(8)</b>	<b>23</b>	<b>(20)</b>

### b Abgaberecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
DBG	2	(3)	-	(1)	5	(-)	-	(2)	-	(3)
StG	2	(3)	1	(-)	5	(-)	1	(3)	1	(3)
GS-Schätzung	1	(-)	-	(-)	1	(2)	-	(-)	1	(-)
GGStG	-	(-)	1	(-)	-	(4)	-	(-)	1	(-)
Andere	-	(-)	-	(-)	-	(1)	-	(5)	-	(1)
<b>Total</b>	<b>5</b>	<b>(6)</b>	<b>2</b>	<b>(1)</b>	<b>11</b>	<b>(7)</b>	<b>1</b>	<b>(10)</b>	<b>3</b>	<b>(7)</b>

### c Andere

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/ teilweise Gutheissung		pendent	
Administrativmass. (SVG)	-	(-)	-	(1)	-	(-)	-	(1)	-	(-)
Ausländerrecht	-	(5)	1	(2)	5	(9)	-	(1)	1	(2)
Bau-/Raumplanungsrecht	-	(1)	-	(1)	3	(2)	2	(-)	2	(1)
Bäuerlicher Grundbesitz	-	(1)	-	(-)	-	(1)	-	(-)	-	(-)
Personalrecht	-	(-)	1	(-)	-	(1)	-	(1)	1	(-)
Schulwesen	2	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Stipendien	-	(-)	-	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)
Submission	2	(1)	-	(1)	1	(-)	1	(2)	2	(2)
Verwaltungsrechtspflege	1	(1)	-	(-)	-	(1)	1	(-)	-	(-)
Weitere	5	(2)	-	(2)	1	(1)	3	(3)	3	(1)
<b>Total</b>	<b>10</b>	<b>(11)</b>	<b>2</b>	<b>(7)</b>	<b>10</b>	<b>(14)</b>	<b>8</b>	<b>(7)</b>	<b>9</b>	<b>(6)</b>

## 4.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 14 (10) Verwaltungsgerichtsbeschwerden, 2 Beschwerden in öffentlichrechtlichen Angelegenheiten und 1 (1) Berufung beim Bundesgericht eingereicht. 7 (4) Verwaltungsgerichtsbeschwerden, die 2 Beschwerden in öffentlichrechtlichen Angelegenheiten und die Berufung wurden abgewiesen. 3 (3) Verwaltungsgerichtsbeschwerden wurden gut-, 3 (-) teilweise gutgeheissen. 5 Verfahren sind noch hängig.

## 5. Jugendgerichtskommission

Die Jugendgerichtskommission hatte wie in der Vorperiode keine Geschäfte zu erledigen.

## 6. Obergerichtspräsidium

### 6.1 Zivilprozess

#### 6.1.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Gesuche	38	(41)	21	(2)	41	(22)	18	(21)

#### 6.1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
Sicherheitsleistung	1	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	3	(1)
unentgeltliche Rechtspflege	11	(10)	-	(-)	12	(8)	15	(4)	14	(19)
vorsorgliche Massnahmen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)	1	(-)
dringliche Anordnungen	-	(-)	-	(-)	2	(-)	-	(-)	-	(1)
<b>Total</b>	<b>12</b>	<b>(10)</b>	<b>-</b>	<b>(-)</b>	<b>14</b>	<b>(8)</b>	<b>15</b>	<b>(4)</b>	<b>18</b>	<b>(21)</b>

#### 6.1.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 1 Beschwerde in Zivilsachen und 1 staatsrechtliche Beschwerde eingereicht. Das Bundesgericht trat auf beide Beschwerden nicht ein.

### 6.2 Strafprozess

#### 6.2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Gesuche	-	(1)	-	(-)	-	(1)	-	(-)
Rekurse	2	(3)	-	(-)	1	(3)	1	(-)
<b>Total</b>	<b>2</b>	<b>(4)</b>	<b>-</b>	<b>(-)</b>	<b>1</b>	<b>(4)</b>	<b>1</b>	<b>(-)</b>

#### 6.2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent	
notwendige/amtliche Verteidigung	-	(-)	1	(-)	-	(-)	-	(1)	-	(-)
weitere nach Strafprozessordnung	-	(-)	-	(-)	-	(3)	-	(-)	1	(-)
<b>Total</b>	<b>-</b>	<b>(-)</b>	<b>1</b>	<b>(-)</b>	<b>-</b>	<b>(3)</b>	<b>-</b>	<b>(1)</b>	<b>1</b>	<b>(-)</b>



## V Staatsanwaltschaft

### 1. Tätigkeit

Strafbefehlsverfahren	2062	(2672)
Einstellungsverfahren	856	(782)
Rückzug Weiterzugserklärung (Art. 92 VRPV)	67	
Nichteintreten auf Weiterzugserklärung (Art. 92 VRPV)	16	
Gerichtsstandsabtretungen an andere Kantone/Bund	13	
Verfahren vor den Landgerichten	134	(119)
Strafverfahren vor Obergericht	23	(24)
Strafverfahren vor Bundesgericht	7	(6)
Bussenumwandlungsverfahren	168	(291)
Pendente Verfahren	143	
<b>Total</b>	<b>3489</b>	<b>(3894)</b>

### 2. Bemerkungen

Neu werden bei der Staatsanwaltschaft die Anzahl pendenter Geschäfte erfasst. Als erledigt gilt ein Fall, wenn der Strafbefehl oder die Verfügung verschickt bzw. Anklage eingereicht worden ist. Gemäss Art. 92 VRPV können Strafverfügungen von Verwaltungsbehörden an die Staatsanwaltschaft zur Beurteilung weitergezogen werden. Neu werden diejenigen Fälle erfasst, bei welchen im Verlaufe des Verfahrens die Weiterzugserklärung zurückgezogen wurde. Kann auf die Weiterzugserklärung mangels Vorliegen von Prozessvoraussetzungen nicht eingetreten werden, erfolgt eine Nichteintretensverfügung. Schliesslich werden neu auch diejenigen Verfahren aufgeführt, die aufgrund von Gerichtsstandsvereinbarungen an andere Kantone abgetreten werden konnten. Nicht mehr in der Berichterstattung erscheinen die ausgesprochenen Verwarnungen (BetmG) und die vorzeitigen Löschungen im Strafregister. In der Berichtsperiode wurden keine solchen Verfahren geführt.

Die neuen Sanktionsmöglichkeiten des auf den 1. Januar 2007 revidierten AT StGB führten bei der Staatsanwaltschaft zu einer Mehrbelastung. Ins Gewicht fällt dabei insbesondere, dass zur Bestimmung der Tagessatzhöhe die finanziellen Verhältnisse des Angeschuldigten bei der jeweiligen Steuerbehörde in Erfahrung gebracht und der Tagessatz anschliessend berechnet werden muss. Anstelle einer unbedingten Geldstrafe oder Busse wird in zunehmendem Masse auch gemeinnützige Arbeit ausgesprochen. Dies dürfte wiederum auch entsprechende Auswirkungen auf den Strafvollzug haben. Nachdem der Richter neu bereits im Urteil die Ersatzfreiheitsstrafe festlegt, für den Fall, dass die Busse oder Geldstrafe nicht bezahlt wird, wird die Anzahl Bussenumwandlungsverfahren weiterhin zurückgehen. Es werden künftig nur noch unbezahlte Geldstrafen oder Bussen zur Staatsanwaltschaft zur Umwandlung gelangen, die von einer Verwaltungsbehörde und nicht von einem Richter verhängt worden sind. Bei den aufgeführten pendenden Verfahren gilt zu berücksichtigen, dass vor Weihnachten (ab 13.12.2007) keine Strafbefehle mehr verschickt wurden, bis Ende Jahr aber weiterhin neue Fälle eingegangen sind.

## VI Verhörer

### A Ordentliche Verhörer

#### 1. Allgemeines

Die Geschäfte wurden durch einen hauptamtlichen Verhörer I (100%) und das Sekretariat (100%) sowie durch einen nebenamtlichen Verhörer II (ca. 60%) und dessen Sekretariat (ca. 30%), welche beide im Mandatsverhältnis angestellt waren, erledigt. Der Verhörer II trat auf Ende März 2007 zurück. Die beiden Verhörämter wurden in der Folge räumlich zusammengelegt. Gleichzeitig wurden die Mandatsverhältnisse des Verhörers II und dessen Sekretariat in Festanstellungen umgewandelt, die beiden Stellen ausgeschrieben und auf den 1. April 2007 (Sekretariat) bzw. Mitte Mai 2007 (Verhörerin II) neu besetzt. Von Ende März 2007 bis Mitte Mai 2007 musste der Verhörer I ohne Stellvertretung auskommen.

#### 2. Tätigkeit

##### 2.1 Eingelangte Untersuchungsgeschäfte

insgesamt	1'348	(1'104)
- Rechtshilfe für auswärtige Amtsstellen	30	(49)
- Amtliche Untersuchungen nach ZPO	1	(-)
- Nichteröffnungen	61	(7)
- Gerichtsstand	230	(12)

##### 2.2. Haftfälle

- männliche	16	(13)
- weibliche	1	(2)

##### 2.3 Tatbestandsgruppen der Untersuchungsgeschäfte

###### a) StGB

Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben		
- Vorsätzliche Tötung	1	(-)
- Fahrlässige Tötung	2	(2)
- Körperverletzung (inkl. Tötlichkeiten)	77	(57)
- Gefährdung des Lebens	14	(2)
Delikte gegen das Vermögen	314	(110)
Delikte gegen die Freiheit	64	(34)
Delikte gegen die Familie	7	(10)
Delikte gegen die sexuelle Integrität	16	(25)
Gemeingefährliche Delikte	20	(26)
Urkundenfälschung	7	(6)
andere Delikte	70	(32)

b) andere Bundesgesetze

SVG	435	(582)
ARV	4	(4)
SDR	4	(6)
BetmG	71	(15)
ANAG	83	(36)
Lotterieverordnung	1	(-)
verschiedene	85	(53)

c) kantonales Recht 9 (4)

d) ausserordentliche Todesfälle

Selbsttötung		
- männlich	7	(9)
- weiblich	2	(6)
tödliche Bergunfälle	11	(5)
andere Unfälle	13	(3)

e) andere Todesursache 22 (9)

### 3. Bemerkungen

In der Berichtsperiode konnte eine massive Zunahme der eingegangenen Untersuchungsgeschäfte verzeichnet werden. Markant gestiegen sind die Anzahl Gerichtsstände und die Vermögensdelikte. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Kanton Uri eine Serie von Einbruchdiebstählen mit mehreren Tätern (ca. 150 Fälle) vom Kanton Luzern zu übernehmen hatte bzw. teilweise wieder an diesen abtreten konnte. Zu beobachten ist im Weiteren die Tendenz, dass Strassenverkehrsteilnehmer immer öfter Anzeigen wegen Nötigung und Gefährdung des Lebens einreichen. Im Bereich Betäubungsmittelgesetz konnten in der Berichtsperiode mehrere so genannte Indooranlagen ausgehoben werden. Als zeit- und arbeitsintensiv erwies sich das Tötungsdelikt vom 4. Mai 2007 in Erstfeld. Die Anzahl Haftfälle blieb konstant. Insgesamt konnten 1'392 Geschäfte (vorgängige Periode: 936 Geschäfte) erledigt werden. 431 Fälle (vorgängige Periode: 470 Fälle) mussten in die laufende Geschäftskontrolle übertragen werden.

### B Ausserordentlicher Verhörer für Wirtschaftsdelikte

Beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte für die Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri waren am 1. Januar 2006 insgesamt 12 Strafuntersuchungen hängig, davon betrafen zwei den Kanton Uri. In der Berichtsperiode wurden zwei Fälle aus dem Kanton Uri erledigt und ein neuer Fall wurde zugewiesen, so dass per 31. Dezember 2007 ein Fall pendent war, was dem Richtwert gemäss Konkordat vom 21. August 1995 entspricht. In einem der erledigten Fälle wurde durch die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben, die zweite abgeschlossene Strafuntersuchung wurde durch Einstellungsverfügungen beendet. Per 31. Dezember 2007 waren beim Verhöramt für Wirtschaftsdelikte für die Kantone Nidwalden, Obwalden und Uri insgesamt 15 Fälle pendent, 11 aus dem Kanton Nidwalden, drei aus dem Kanton Obwalden und einer aus dem Kanton Uri.

Der zeitliche Aufwand für den Kanton Uri lag im Jahr 2006 bei 23% und im Jahr 2007 bei 14,7% des Gesamtaufwandes. Der Kanton Uri verfügt mit dem Konkordat über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten vom 21. August 1995 über eine

gut funktionierende und adäquate Infrastruktur zur Abklärung der Verbrechen auf dem Gebiete der Wirtschaftskriminalität.

Der Verhörer für Wirtschaftsdelikte nimmt auch die Aufgaben der Meldestelle für Geldwäscherei wahr. Im Jahre 2007 gingen keine Meldungen über geldwäschereiverdächtige Vorgänge ein.

## VII Jugendanwaltschaft

### 1. Allgemeines

Am 1. Januar 2007 trat das neue Jugendstrafgesetz (JStG) in Kraft. Schutz und Erziehung sind weiterhin wegleitende Grundsätze für die Anwendung des Gesetzes. Wichtige Neuerung ist, dass das Strafmündigkeitsalter von sieben auf 10 Jahre angehoben wurde, wobei dies für den vorliegenden Rechenschaftsbericht keine faktischen Auswirkungen hatte, da bereits im Jahr 2006 kein Kind unter zehn Jahren verzeigt wurde. Im Weiteren muss neu, wenn ein Jugendlicher schuldhaft eine Straftat begangen hat, neben einer Schutzmassnahme auch eine Strafe ausgesprochen werden (dualistisch - vikariierendes System). Die Maximaldauer des Freiheitsentzuges wurde auf vier Jahre erhöht, wobei diese Strafe nur verfügbar ist, wenn der Täter oder die Täterin 16 Jahre alt ist, ein Verbrechen begangen hat und dieses Verbrechen nach dem für Erwachsene anwendbaren Recht mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bedroht ist. Auch die weiteren Schutzmassnahmen und Strafen wurden ausführlicher geregelt und die Möglichkeit der Mediation eingeführt. Im Weiteren wurden minimale Verfahrensvorschriften festgelegt, welche auch Auswirkungen auf das kantonale Prozessrecht hatten.

Die Berichtsperiode 2006/07 ist vor allem von diesem Wechsel geprägt. Die Statistik wurde entsprechend angepasst. Die Zahlen lassen sich aber trotz der Änderungen miteinander vergleichen. Gegenüber der Vorperiode ist nur eine leichte Erhöhung der Anzahl Fälle zu verzeichnen. Eine Steigerung der Anzeigen ist im Bereich der Tötlichkeiten/einfachen Körperverletzungen zu beobachten, wobei dies auch auf ein geändertes Anzeigeverhalten der Betroffenen zurückgeführt werden könnte.

Insgesamt wurden eine vorsorgliche Massnahme, vier Unterbringungen, fünf ambulante Massnahmen (zwei davon als Massnahmenänderung nach einer Unterbringung) sowie eine Begutachtung verfügt. Haftfälle fielen keine in die Berichtsperiode. Von den nachfolgend aufgeführten pendenten Fällen sind 19 (37) strafrechtlich erledigt, der Strafvollzug ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

### 2. Tätigkeit

#### 2.1 Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	pendent
318 (293)	59 (45)	337 (279)	40 (59)

#### 2.2 Art der Erledigung

Strafverfügungen	258	(228)
Einstellungsverfügungen	42	(31)
Einstellung zum Zwecke der Mediation	1	(3)
Überweisung nach Art. 38 JStG	11	(2)
Überweisung an den Verhörerichter	3	(1)
Überweisung an das Jugendgericht	-	(1)
kein Strafverfahren eröffnet	17	(13)
Vollzugsverfügungen	5	

### 2.3 Art der Schutzmassnahmen und Strafen

Schutzmassnahmen	1	(3)
Strafbefreiung	19	(11)
Verweise	34	(24)
Bussen bedingt	4	(13)
Bussen unbedingt	63	(49)
Persönliche Leistungen	72	(53)
Verkehrsunterricht	83	(74)
Vollzug bedingt ausgesprochener Bussen	-	(-)
Freiheitsentzug bedingt	-	(4)
Umwandlungen (Busse ↔ persönliche Leistung ↔ Freiheitsentzug)	3	

### 2.4 Alter der Verurteilten

Jugendliche I (10. - 15. Altersjahr)	163	(128)
weiblich	55	(43)
männlich	108	(85)
Jugendliche II (15. - 18. Altersjahr)	174	(153)
weiblich	23	(22)
männlich	151	(131)

### 2.5 Delikte

StGB	138	(89)
SVG	208	(205)
BetmG	9	(9)
ANAG	2	(1)
Andere	14	(19)

### 3. Bemerkung

Ein Verfahren gilt erst mit Abschluss des Vollzuges (Schutzmassnahme und/oder Strafe) als erledigt.

Die mehrfache Begehung des gleichen Deliktes (z.B. mehrfache Sachbeschädigung) durch einen Jugendlichen wird in der Statistik nur einfach aufgeführt (Ziff. 2.5)

## VIII Jugendgericht

### 1. Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		Erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Anklagen	-	(1)	1	(-)	1	(-)	1	(-)	-	(1)
Gesuche	1	(1)	-	(1)	1	(2)	-	(-)	-	(-)
Total	1	(2)	1	(1)	2	(2)	1	(-)	-	(1)

### 2. Art der Erledigung

	Abschreibung		Verurteilung		teilweiser Freispruch		vollständiger Freispruch	
Anklagen	-	(-)	1	(-)	-	(-)	-	(-)

	Abschreibung		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	-	(1)	-	(-)	1	(1)

## C Tätigkeit übriger Behörden

Als übrige Behörden gelten nichtrichterliche Behörden, die durch das Obergericht gewählt werden oder unter dessen Aufsicht stehen.

### I Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte

#### 1. Aufsicht über die richterlichen Behörden

##### 1.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge/ Einleitung		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Geschäftsprüfungen	12	(12)	-	(-)	12	(12)	-	(-)
Gesuche	8	(9)	-	(1)	8	(10)	-	(1)
Aufsichtsbeschwerde n	3	(4)	-	(1)	3	(5)	-	(1)
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>23</b>	<b>(25)</b>	<b>-</b>	<b>(2)</b>	<b>23</b>	<b>(27)</b>	<b>-</b>	<b>(2)</b>

##### 1.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	1	(1)	-	(2)	3	(3)	4	(4)
	Abschreibung		keine/keine weitere Folgegebung		Folgegebung/Anordnung von Massnahmen			
Aufsichtsbeschwerden	-	(-)	3	(5)	-	(-)		
	Schliessung des Verfahrens ohne Massnahmen				Anordnung von Massnahmen			
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)			-	(-)		
	Einleitung				Verzicht			
Disziplinarverfahren	-	(-)			-	(-)		

#### 2. Aufsicht über die Rechtsanwälte

##### 2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge/ Einleitung		aus Vorperiode übernommen		Erledigt		pendent	
Gesuche	16	(16)	-	(1)	16	(17)	-	(-)
Aufsichtsbeschwerden	6	(5)	1	(1)	5	(5)	2	(1)
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)

Disziplinarverfahren	1	(-)	-	(-)	1	(-)	-	(-)
Total	23	(21)	1	(2)	22	(22)	2	(1)

## 2.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	-	(1)	-	(1)	-	(1)	-	(14)

	Abschreibung		keine/keine weitere Folgegebung		Folgegebung/ Massnahmen	
Aufsichtsbeschwerden	2	(-)	2	(5)	1	(-)

	Schliessung des Verfahrens ohne Massnahmen		Anordnung von Massnahmen	
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)	-	(-)

	Einleitung		Verzicht	
Disziplinarverfahren	1	(-)	-	(-)

## 3. Erteilung des kantonalen Anwaltspatentes

In der Berichtsperiode wurde lic. iur. Roman Werder, Steinhausen, lic. iur. Karin Müller, Flüelen, lic. iur. Angela Gerig, Schattdorf, und lic. iur. Fabienne Zraggen, Steinen, das umerische Anwaltspatent erteilt.

## II Anwaltsprüfungskommission

### 1. Präsidium

#### 1.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode Übernommen		erledigt		pendent	
Gesuche	11	(8)	-	(-)	11	(8)	-	(-)

#### 1.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	-	(1)	-	(-)	1	(-)	10	(7)

### 2. Kommission

#### 2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Anmeldung zur Notariatsprüfung	1	(5)	-	(1)	1	(6)	-	(-)
Anmeldung zur Anwaltsprüfung	6	(3)	-	(-)	6	(3)	-	(-)
Gesuche	-	(1)	-	(1)	-	(2)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>7</b>	<b>(9)</b>	<b>-</b>	<b>(2)</b>	<b>7</b>	<b>(11)</b>	<b>-</b>	<b>(-)</b>

#### 2.2 Art der Erledigung

	Abschreibung		Zulassung zur Prüfung		Nichtzulassung zur Prüfung	
Anmeldung zur Notariatsprüfung	1	(1)	-	(5)	-	(-)
Anmeldung zur Anwaltsprüfung	-	(-)	6	(3)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>1</b>	<b>(1)</b>	<b>6</b>	<b>(8)</b>	<b>-</b>	<b>(-)</b>

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	-	(1)	-	(-)	-	(1)	-	(-)

	Bestanden		Nicht bestanden			
			zum ersten Mal		zum zweiten Mal	
Notariatsprüfung	-	(2)	-	(1)	-	(2)
Anwaltsprüfung	4	(3)	2	(-)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>4</b>	<b>(5)</b>	<b>2</b>	<b>(1)</b>	<b>-</b>	<b>(2)</b>

### III Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs

#### 1. Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge/ Einleitung		aus Vorperiode Übernommen		erledigt		pendent	
Geschäftsprüfungen	42	(42)	-	(-)	42	(41)	-	(1)
Gesuche	4	(4)	2	(1)	6	(3)	-	(2)
Beschwerden	15	(10)	3	(1)	14	(8)	4	(3)
Aufsichtsanzeigen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>61</b>	<b>(56)</b>	<b>5</b>	<b>(2)</b>	<b>62</b>	<b>(52)</b>	<b>4</b>	<b>(6)</b>

#### 2. Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Gesuche	6	(1)	-	(-)	-	(2)	-	(-)
Beschwerden	12	(3)	2	(3)	-	(2)	-	(-)
<b>Total</b>	<b>18</b>	<b>(4)</b>	<b>2</b>	<b>(3)</b>	<b>-</b>	<b>(4)</b>	<b>-</b>	<b>(-)</b>

	Keine/keine weitere Folgegebung		Folgegebung	
Aufsichtsanzeigen	-	(-)	-	(-)

	Schliessung des Verfahrens ohne Massnahmen		Anordnung von Massnahmen	
Aufsichtsverfahren von Amtes wegen	-	(-)	-	(-)

	Einleitung		Verzicht	
Disziplinarverfahren	-	(-)	-	(-)

Die Geschäftsprüfungen zeigten allgemein wiederum eine gute bis sehr gute Amtsführung.

#### 3. Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 2 Beschwerden und 2 staatsrechtliche Beschwerden beim Bundesgericht eingereicht. Auf 1 Beschwerde trat das Bundesgericht nicht ein, 1 Beschwerde wies es ab. Die staatsrechtlichen Beschwerden wurden beide abgewiesen.

## IV Betriebsämter

### 1. Tätigkeiten nach SchKG

Die Geschäftslast ergibt sich aus der Betriebsstatistik.

Betriebsamt	Zahlungsbefehle		Pfändungs- ankündigungen		Pfändungen		Verwertungs- begehren		Konkursan- drohungen	
	06/07	04/05	06/07	04/05	06/07	04/05	06/07	04/05	06/07	04/05
Altdorf	2677	(3141)	1461	(1689)	1604	(1802)	997	(1163)	71	(118)
Andermatt	420	(413)	204	(237)	153	(142)	75	(64)	18	(26)
Attinghausen	300	(306)	220	(198)	154	(161)	66	(75)	1	(19)
Bauen	33	(25)	15	(11)	15	(11)	14	(11)	-	(3)
Bürglen	542	(532)	299	(364)	190	(219)	111	(120)	16	(10)
Erstfeld	1308	(1538)	1014	(1268)	834	(921)	463	(492)	9	(37)
Flüelen	564	(623)	404	(399)	303	(197)	-	(5)	6	(10)
Göschenen	124	(149)	43	(73)	22	(39)	-	(-)	-	(1)
Gurtellen	315	(285)	201	(179)	140	(131)	46	(52)	10	(-)
Hospental	72	(64)	59	(34)	47	(12)	29	(7)	4	(2)
Isenthal	70	(39)	16	(11)	9	(1)	-	(-)	-	(-)
Realp	51	(31)	19	(11)	10	(7)	-	(-)	-	(-)
Schattdorf	669	(587)	329	(269)	180	(141)	4	(-)	8	(-)
Seedorf	185	(207)	115	(140)	71	(95)	36	(48)	2	(1)
Seelisberg	157	(122)	76	(46)	67	(29)	-	(-)	-	(-)
Silenen	256	(355)	179	(198)	114	(160)	55	(75)	2	(20)
Sisikon	86	(64)	65	(47)	42	(25)	25	(10)	-	(-)
Spiringen	107	(160)	85	(88)	51	(54)	27	(31)	2	(11)
Unterschächen	60	(58)	37	(25)	1	(1)	-	(-)	-	(-)
Wassen	127	(98)	51	(45)	29	(16)	-	(-)	-	(-)
Total	8123	(8797)	4892	(5332)	4036	(4164)	1948	(2153)	149	(258)

### 2. Weitere Tätigkeiten

Die Betriebsämter führten auch in der vorliegenden Berichtsperiode das Eigentumsvorbehaltsregister sowie das Viehverschreibungsprotokoll.

## V Konkursamt

Beim Konkursamt gingen in der Berichtsperiode 22 (44) Konkurse ein. Mit den aus der Vorperiode übernommenen Verfahren konnten 26 (35) Verfahren abgeschlossen werden, so dass 5 (9) Verfahren noch nicht erledigt werden konnten. Die Verluste aus ordentlichen und summarischen Konkursverfahren betragen im Jahre 2006 Fr. 5'668'949.66 (2004: Fr. 2'147'661.50) und 2007 Fr. 6'339'946.46 (2005: Fr. 2'626'593.61), somit total Fr. 12'008'896.12 (Fr. 4'774'255.11). Zudem gingen beim Konkursamt 1 (3) Rechtshilfebegehren ein. 2 (2) Rechtshilfebegehren, davon 1 aus der Vorperiode, konnten erledigt werden.

## VI Schätzungskommission im Expropriationsverfahren

In der Berichtsperiode musste die Schätzungskommission im Expropriationsverfahren nicht tätig werden.